

Der Ende 2010 über Irland ausgebreitete »Rettungsschirm« der EU ruft schmerzhaft in Erinnerung, dass trotz aller positiven Wirtschaftsdaten, vor allem in Deutschland, die globale Wirtschafts- und Finanzkrise bei Weitem noch nicht überwunden ist. Die harten Sparprogramme in Ländern wie Griechenland und Portugal lösen heftige Proteste aus und könnten – bei aller Notwendigkeit – langfristig zu sozialen Verwerfungen führen. Die vor sich hindümpelnde amerikanische Wirtschaft und die Auseinandersetzungen zwischen den USA und Frankreich einerseits, China und Deutschland andererseits um die Exportüberschüsse der beiden letzteren sowie die Diskussionen um eine neue Weltwährungsordnung machen deutlich, dass noch längst nicht alle Turbulenzen ausgestanden sind. Und was für die Weltwirtschaft gilt, ist auch für die Weltpolitik gültig, die ja beide untrennbar miteinander verbunden sind. Seit der Krise 2007/08 hat die G20, die 20 größten Volkswirtschaften der Welt, praktisch das Gesetz des Handelns an sich gerissen, nachdem die zuständigen internationalen Organisationen – allen voran der Internationale Währungsfonds – weder die Krise antizipierten noch bei ihrem Ausbruch rasch und effizient zu handeln in der Lage waren. Bedeutet das, dass wir damit auf eine Art Weltregierung zusteuern? Wohl eher nicht, signalisiert die gestiegene Bedeutung der G20 doch einen gewissen Rückfall in das zwischenstaatliche gegenüber dem multilateralen Handeln, wie es sich bei der Behandlung der Euro-Krise auch im Rahmen der EU zeigt.

Beiden Aspekten gehen *Hanns W. Maull* und *Melanie Morisse-Schilbach* in dieser Ausgabe von INTERNATIONALE POLITIK UND GESELLSCHAFT auf den Grund und führen damit die Debatte um die unterschiedlichen Facetten der globalen Krise in dieser Zeitschrift weiter, wie sie zuletzt in der Ausgabe 1/2010 mit den Beiträgen von Thomas Palley, Sebastian Dullien und Adalbert Winkler betrieben wurde. Für Maull ist das Muster der gegenwärtigen globalen Krise paradigmatisch für die Zukunft der internationalen Beziehungen. Von einer effizienten Weltregierung

sind wir weit entfernt, im Gegenteil: Maull konstatiert, dass der normale Zustand der Politik im Zeitalter der Globalisierung derjenige einer von Regierungen wie individuellen politischen Akteuren gleichermaßen geteilten »Impotenz« ist. Sein Rezept für eine »smarte« Außenpolitik unter solchen Bedingungen: das Streben nach effizienten und nachhaltigen Strategien der multilateralen Zusammenarbeit, um mit den durch die Krise anschaulich gemachten Risiken, aber auch Möglichkeiten fertig zu werden. Morisse-Schilbach sieht Deutschland auf dem besten (oder schlechten) Weg, seine bisherige Rolle als »segensreicher ökonomischer Hegemon« in Europa zu verlieren, die ihm nach dem Zweiten Weltkrieg quasi in den Schoß fiel und die ihm von den Siegermächten zugestanden wurde. Diese Rolle setzt Berlin durch sein unilaterales Verhalten in der Griechenland- und Euro-Krise aufs Spiel, weil die Bundesregierung über keine Visionen des monetären Europa verfügt und keine Idee davon hat, was Führung in der gemeinsamen Währungszone bedeutet. Abgerundet wird dieser kleine Schwerpunkt, der sich mit der Krise beschäftigt, durch den Review Essay von *Hans-Jochen Lulmann*, in dem dieser jüngst erschienene Bücher analysiert, die aus unterschiedlichen Perspektiven die Frage zu klären versuchen, ob Finanzcrashs antizipierbar sind.

In einem zweiten Teil dieser Ausgabe beschäftigen wir uns mit Aspekten der gesamteuropäischen Sicherheit und russischer Sicherheitsinteressen und knüpfen damit an die in Ausgabe 2/2010 geführte Debatte mit den Beiträgen von Rolf Mützenich, Sergej Kortunow, Peter W. Schulze und Igor Jurgens/Ewgenij Gontmacher an. Der Herbst-Gipfel der NATO in Lissabon und das Treffen mit dem russischen Präsidenten Medwedjew haben die Fronten weiter aufgeweicht und eine stärkere Kooperation zwischen dem Westen und Russland rückt in greifbare Nähe. Diesen Fragen widmet sich *Hans-Joachim Spanger* in seinem Beitrag, wobei er die neue Öffnungsbereitschaft Russlands nicht nur als Ergebnis von Obamas »Reset« sieht, sondern vor allem in der von Medwedjew angestrebten Modernisierungspolitik, die eine gewisse Öffnung nach außen erfordert. Daher auch der vom russischen Präsidenten vorgeschlagene »Europäische Sicherheitsvertrag«. Spanger plädiert dafür, dass der Westen – und gerade auch Deutschland – auf solche russischen Initiativen sehr viel konstruktiver eingehen sollte, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Ein Aspekt, der das Verhältnis zwischen dem Westen und Russland in den letzten Jahren schwer belastete, war der »Fünf-Tage-Krieg« zwischen Russland und Georgien im Sommer 2008. Dieser war nach Meinung von *Johannes Wetzinger* auf ein riskantes Spiel des georgischen Präsi-

ten Saakaschwili zurückzuführen, der offensichtlich die Rückendeckung der USA überschätzte. Seitdem gab es zwar einige Initiativen zur Verbesserung des russisch-georgischen Verhältnisses, doch werden diese nach Meinung des Autors in der verbleibenden Amtszeit Saakaschwilis kaum Erfolg haben: Die Fronten zwischen Moskau und Tiflis bleiben verhärtet und eine Besserung der Beziehungen ist nicht in Sicht.

Zwei weitere Beiträge dieser Ausgabe befassen sich mit unterschiedlichen Aspekten von internationalen Kampfeinsätzen. Dabei kommt *Karsten Jung* in seinem Artikel über Afghanistan zu dem ernüchternden Schluss, dass wieder einmal ein Jahr (2010) ergebnislos endete. Weder konnten Stabilität und Sicherheit für die afghanische Bevölkerung erreicht werden noch kamen Initiativen hinsichtlich eines Dialogs mit den Taliban vom Fleck. Der Autor führt dies in erster Linie darauf zurück, dass die (westlichen) Regierungen nicht zu ihren Versprechungen standen und keine Klarheit über Ziele und Strategie besteht. Afghanistan spielt auch im Beitrag von *Gerda Axer-Dämmer* eine Rolle, aber nur insofern, als es im Augenblick der wichtigste Kampfeinsatz der Bundeswehr ist. Die Autorin geht vor allem der Frage nach, wieweit solche Kampfeinsätze das Bild des »Bürgersoldaten« und der zivilen »Bürgerarmee« insgesamt beeinträchtigen: Eine wachsende Kluft zwischen Streitkräften und Zivilgesellschaft tut sich in Deutschland auf, verstärkt durch das freundliche Desinteresse der letzteren.

Einem ganz anderen Thema nähert sich *Gerd Ganteför* in provozierender Weise: Er hält das Bevölkerungswachstum für eine größere Gefahr für die Zukunft der Menschheit als den Klimawandel und fordert folgerichtig, dass die armen Entwicklungsländer noch auf absehbare Zeit über erschwingliche fossile Brennstoffe verfügen sollten, weil sie nur so zu Wohlstand gelangen könnten, der dann wiederum das Bevölkerungswachstum abbremsen würde. Im Ergebnis würde die geringere Weltbevölkerung einen größeren und rascheren Beitrag zum Klimawandel leisten als es die (teuren) erneuerbaren Energien tun würden. Eine provozierende These, die sicherlich Widerspruch wecken wird, und wir würden uns freuen, wenn es eine Antwort auf Ganteför in der nächsten Ausgabe der IPG geben würde.

Abschließend beschäftigt sich *Robert Chr. van Ooyen* in einem Kommentar mit der Migrationsfrage und stellt dabei die These auf, dass es hier nicht um Integration, sondern um Partizipation geht. Ein Vehikel, um letzteres zu erreichen, sieht der Autor im Ausländerwahlrecht als Menschenrecht einer liberalen Theorie des Staatsvolks.